

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Andreas Schieder, Mag. Jörg Leichtfried, GenossInnen

betreffend **Nein zum Öxit durch die Bundesregierung sicherstellen**

eingbracht im Zuge der Verhandlungen zu TOP 1: Bericht des Verfassungsausschusses über den Gemeinsamen Bericht des Bundeskanzlers und des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien betreffend EU Jahresvorschau 2019 gemäß Artikel 23f Absatz 2 B-VG (III-247/505 d.B.) in der 63. Sitzung des Nationalrates

Begründung

Vergangene Woche traf Vizekanzler Strache mit der französischen Rechts-Politikerin und deklarierten EU-Gegnerin Marine Le Pen zusammen, um über „ein Europa der Völker“ zu sprechen. Le Pen hat in einem Interview unter anderem bekundet, die EU zerstören zu wollen. Auch die FPÖ setzt sich immer wieder für einen Austritt Österreichs aus der Europäischen Union ein:

- „Dann wäre die Konsequenz wirklich auch jene, dass man sagt: **Raus aus dieser EU.**“ (Strache, FPÖ-Pressekonferenz 26.10.2007, zit. in Ö1 Mittagsjournal 23.8.2016).
- „Diese zentralistische Europäische Union [...] ist gescheitert und ich sage daher ganz bewusst, **raus aus dieser zentralistischen und bevormundenden EU**, hinein in ein föderales Europa.“ (Strache am Politischen Aschermittwoch, ORF-„ZIB 2“, 17.2.2010)
- „Dann ist **natürlich auch ein Exit oder Auxit mit einer Volksabstimmung in Österreich möglich.**“ (Strache, Die Presse, 25.6.2016)
- „Es war ein **fataler Fehler, Teil dieser EU zu werden.** Es wurde versprochen, dass der harte Schilling bleibt, heute haben wir den krisengebeutelten Euro.“ (Vilimsky, VN, 29.12.2014)
- „Österreich sollte endlich auch ein Referendum über den weiteren Verbleib in der EU ankündigen und durchführen.“ (Vilimsky, Twitter, 19.2.2016)

Am 27. Jänner 2016 stellt die FPÖ im Nationalrat sogar einen Antrag auf Volksbefragung über den EU-Austritt Österreichs.

Die Beteuerungen der Bundesregierung, gemeinsam einen pro-europäischen Kurs zu verfolgen, sind wenig überzeugend. Österreichs Beteiligung am europäischen Einigungswerk ist wirtschaftlich und politisch von zentraler Bedeutung. Die Forderungen nach einem Öxit schwächen die Position Österreichs in der Europäischen Union und sind daher nicht im Interesse Österreichs. An der pro-europäischen Ausrichtung der Bundesregierung darf es keinen Zweifel geben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um sich glaubwürdig von Spekulationen über einen Öxit zu distanzieren.“

www.parlament.gv.at

